Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 36. | Dresden, Montag den 13. Februar 1911. | 22. Jahrg.

Kulis herein — Sozialdemokraten hinaus!

Die „große Landwirtschaftswoche“ ist gekommen und reizlose agrarische Bekenntnisse tönen ins Land. Zunächst tagt in Berlin das Preußische Landesökonomiekollegium, und auf seiner Tagesordnung stand als bedeutsamster Gegenstand die Landarbeiterfrage. Als Berichterstatter der Kommission, die diese Frage bearbeitet hat, sprach Professor Sering. Er schilderte die wachsenden Schwierigkeiten der Landarbeiterfrage. Sering ist ein guter Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse und, so sehr er auch für alle Agrarierforderungen eine wissenschaftliche Begründung zu finden weiß, er sieht immerhin auch die Kehrseiten der agrarischen Politik. Er deutete daher auch ein wenig auf die wahren Gründe der andauernden Flucht der Landarbeiter aus den Gefilden der Ostelbier. Allerdings blieben seine Hinweise nur äußerst zaghaft. Vielleicht denkt Professor Sering daran, wie sein Freund Adolph Wagner von den agrarischen Stallknechten brutal heruntergerissen wurde, als er ihre Interessen ein wenig unangenehm berührte. Sering ist zu wenig temperamentvoll und zu vorsichtig, um sich in solche Gefahr zu begeben. Aus seinen Ausführungen sei nur einiges, was den Stand der Landarbeiterfrage kennzeichnet, zitiert:

Die Landarbeiterfrage ist der schwache Punkt unserer Landwirtschaft. Die Kernlande unseres agrarischen Ostens haben heute außer der Städte weniger Menschen als im Jahre 1871. Der Ersatz wird in immer stärkeren Prozenten, oft bis über ein Drittel, durch ausländische Arbeiter herbeigeschafft. Dadurch leidet die Qualität der landwirtschaftlichen Arbeit und wir geraten in die schlimmste Abhängigkeit vom Auslande. Das einzige größere Gebiet im Osten, das an Volkszahl zugenommen hat, ist das polnische Sprachgebiet. Das Problem, das uns beschäftigt, ist folgendes: Wie ist es zu erreichen, daß die ständige Arbeiterschaft auf dem Lande Ersatz findet in der eigenen Nachkommenschaft, und daß die Reservearmee für die Sommerarbeit aus dem Inlande rekrutiert wird? Die innere Kolonisation ist nur von insofern Bedeutung für die Gutsbesitzer und die Großbauern. Sie ist Voraussetzung, aber nicht die Lösung der Arbeiterfrage. Vor allem wird es darauf ankommen, in eine planmäßige Untersuchung einzutreten über eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Arbeiterfragen, deren wichtigste die Arbeitsverfassung ist. Der tiefste Grund der Arbeiterbewegung liegt in dem Gefühl, vorankommen zu wollen. Die Empfindung müssen wir als gegeben hinnehmen, und da sage ich: Der Freiheitsdrang kann in der ländlichen Heimat viel besser befriedigt werden als irgendwo in den Industriegegenden. (?) Auch die Organisation der Arbeiter auf dem Lande bietet keine Gefahr für den Arbeitgeber wegen ihrer Zerstreutheit. (!) Die Aussicht auf eine Verselbständigung, auf ein eigenes Heim kann die Industrie dem Arbeiter nicht geben, sondern nur die Landwirtschaft. Man muß es auch heute dem Landarbeiter ermöglichen, Karriere machen zu können auf dem Lande. Es ist natürlich keine Schablone für die Lösung der Arbeiterfrage möglich, wohl aber können Richtlinien für jede Provinz und für jedes Land zur Besserung der zerstörten Verhältnisse aufgestellt werden. Die Reservearmee für den Sommer kann aber ermöglicht werden durch eine möglichst starke Siedelung von Leuten, die im Sommer die guten Löhne, die jetzt den ausländischen Arbeitern zufallen, mit verdienen wollen, wie es z. B. in Schlesien ist, wo die Handwerkerfrauen aus Dorf und Stadt im Sommer zur Landarbeit gehen.

Professor Sering sucht also eine Lösung des Landarbeiterproblems durch Vermehrung der Siedlungen und durch Entgegenkommen an das Freiheits- und Vorwärtsstreben der Landarbeiter. Er will den Agrariern auch zureden, daß sie sich nicht vor der Organisation der Landarbeiter zu fürchten haben, denn wegen der Zerstreutheit dieser Arbeiter würde diese Organisation nicht gefährlich werden.

Neu sind die Anregungen und Vorschläge der Kommission des Landesökonomiekollegiums, wie sie Sering vertrat, gewiß nicht. Aber bisher sind die Versuche, Landarbeiter seßhaft zu machen, weder in einem nennenswerten Umfange unternommen worden, noch sind sie, soweit sie unternommen wurden, derartig ausgefallen, daß die Neigung zum Verbleiben auf dem Lande bei den Landarbeitern und deren heranwachsenden Söhnen gestärkt worden wäre. Aber das Rezept, den Landarbeitern in ihrem Freiheitsdrang entgegenzukommen, ist zwar schon oft ausgeschrieben worden, doch niemals von der Gutsbesitzerklasse befolgt worden. Tatsächlich hat, wie auch im Landesökonomiekollegium festgestellt wurde, die Landflucht immer zugenommen und immer mehr ausländische Arbeiter wurden beschäftigt. Vom Jahre 1905 bis 1908 ist die Zahl der ausländischen Landarbeiter in Preußen von 207 000 auf 309 000 gestiegen. Nach alledem kann man nicht erwarten, daß die Ratschläge der Professorenweisheit etwa von nun an eifriger von den Landbesitzern beachtet und befolgt werden. Die der Berichterstattung folgende Debatte zeigte, daß die Herren der agrarischen Praxis ganz anders über die Landarbeiterfrage denken. Und diese Debatte war überaus erbaulich und lehrreich. Hören wir:

Graf von Rantzau-Rastorf (Holstein) führte aus: Ich stehe der Landarbeiterfrage sehr viel pessimistischer gegenüber als die meisten anderen Herren hier. Unsere Arbeiterschaft hat die Lust an der einfachen ländlichen Handarbeit verloren und wird sie wohl kaum wiedergewinnen. Ich betrachte daher die Zeit nicht als zu fern, wo wir nur noch mit gehobenen ländlichen Arbeiterstellen (Vögte, Vorarbeiter) zu rechnen haben werden. Wir müssen daher danach trachten, die Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen und dies wird hoffentlich durch die Elektrisierung zum großen Teil gelingen. So weit wir aber nicht mit den Maschinen arbeiten können, werden wir in immer steigendem Maße angewiesen sein **auf ausländische Arbeiter.** Und sollten unsere Hilfsquellen aus Rußland, Galizien usw. nicht mehr ausreichen,

dürfen wir auch nicht zurückschrecken vor der Einführung von Kulis.

Trotz dieses meines Pessimismus stimme ich aber dem zu, daß wir alle Maßnahmen gegen die Landflucht ergreifen müssen. Aber ich betrachte die nur als Palliativmittel. Das gefährlichste Moment, das die Krankheit zum schärfsten Ausbruch bringen würde, besteht **in dem Vordringen der Sozialdemokratie auf das platte Land.** Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, nachdem sie die Arbeiterschaft der großen Städte gewonnen hat, auch die Landarbeiter für sich zu gewinnen, dann wird die Krankheit nicht mehr zu heilen sein. Und wenn man an den maßgebenden Regierungsstellen noch länger den Standpunkt laisser aller laisser passer anwendet, **wenn man noch länger duldet, daß Leute, die offen die Republik als ihr Ziel bezeichnen, in den Parlamenten unseres monarchisch regierten Vaterlandes gesetzgeberisch mitwirken, dann wird die Sozialdemokratie ihren Siegeszug fortsetzen.** (Lebhafte Zustimmung.) Dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die letzten freundlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zerstört werden. Dann sind wir landwirtschaftlichen Arbeitgeber auf die letzte defensive Position gedrängt. Es bleibt dann nichts übrig, als uns auf die Gründung einer defensiven Arbeitgeberassoziation zu beschränken. Ergreifen wir alle Palliativmittel, aber lassen wir nicht aus den Augen, daß die größte Gefahr, die der Landwirtschaft droht, die Sozialdemokratie ist. (Lebhafter Beifall.)

Freiherr v. Wangenheim-Kl.-Spiegel stimmt dem Vorredner darin bei, daß die Sozialdemokratie die größte Gefahr bedeutet. Die Ansiedelung ist dagegen nicht immer ein wirksames Mittel, das zeigt sich **in Dänemark, wo die Angesiedelten Sozialdemokraten geworden sind.**

Diese agrarischen Offenherzigkeiten erschienen den anwesenden Regierungsvertretern wohl etwas allzu tapsig. Ministerialdirektor Dr. Thiel nahm das Wort: „Er halte den Pessimismus des Grafen Rantzau doch für bedenklich; es müsse jedenfalls verhindert werden, daß wir vom Auslande Kulis einführen, denn damit würden wir mit Gewalt die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie in die Hände treiben.“ Der Ministerialdirektor vermag aber durch seine Einrede die Kundgebung erzagrarischer Gesinnung, der die Mitglieder des Landesökonomiekollegiums Beifall spendeten, nicht ungeschehen zu machen. Herr v. Rantzau hat ausgesprochen, was seine Klassengenossen denken und erstreben. Der Universitätsgelehrte, der den Agrariern aufs äußerste wohlgesinnt ist, beschwört sie, zur Lösung des Landarbeiterproblems Organisationsrecht und mehr Freiheit zu gewähren. Darauf erwidern die hochgemuten Fideikommißbesitzer: So etwas gibt es nicht, wir holen uns Kulis ins Land und die Sozialdemokraten, falls sie uns aufs Land kommen, müssen aus allen Parlamenten hinausgeworfen und völlig entrechtet werden!

In diesem Vorgange spiegelt sich alle brutalste Volksfeindlichkeit der konservativen Herrschersippe, spiegelt sich auch der wunderbare **Patriotismus und Nationalismus** dieser Edelsten. Der deutsche Arbeiter, wenn er nicht so denkt und will wie die Agrarier, soll entrechtet werden, an seiner Stelle soll der billige und willige Kuli Einzug in das „liebe deutsche Vaterland“ halten!

Und noch eins ist zu diesen Ausbrüchen agrarischer Klassenbrutalität anzumerken. Die Hochschutzzölle wurden von den Agrariern begründet auch mit der Behauptung, daß von besseren Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch die Landarbeiter ihren Anteil bekommen sollten. Die Hochschutzzollpolitik hat nun die Güterpreise der Grundbesitzer außerordentlich in die Höhe getrieben, aber die Lage der Landarbeiter ist keine bessere geworden. Die Landarbeiter entziehen sich immer mehr dem Regiment der durch Schutzzölle bereicherten Agrarier und diese Agrarier sind bereit, Kulis herbeizuholen, die sie noch weit billiger entlohnen können. Und zum Nutzen dieser volksfeindlichsten, gemeingefährlichsten Klasse der Beutepolitiker muß das ganze arbeitende deutsche Volk Jahr ein Jahr aus seine Lebensmittel zu maßlos gesteigerten Preisen bezahlen!

Es ist allerhöchste Zeit, daß den Brotwucherern, den Kulifreunden, den Hassern der Volksrechte gründlich das Handwerk gelegt wird! Bei den nächsten Wahlen soll dies geschehen!

Eine Kriegervereinsrede des Prinzen Heinrich.

Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, besuchte vor einigen Tagen in Brandenburg das 35. Regiment, dessen Chef er ist. Er lud bei dieser Gelegenheit Deputationen von mehreren

Briefe aus dem Orient.

Der Brand der Hohen Pforte zeigt, daß der administrative Schlendrian der Türkei noch lange nicht ausgerottet ist. Es ist zwar festzustehen, daß die Ursache des Brandes auf einen Unfall zurückzuführen sei. Sicher aber ist, daß als der Brand ausbrach man die Schlüssel zu den Hydranten nicht hat finden können, daß es volle zwei Stunden dauerte, bis die Feuerwehr alarmiert war. Die Diener kümmerten sich nur um die Rettung ihrer eigenen Habseligkeiten, kein Mensch war da, um das Staatsinteresse wahrzunehmen, und erst am frühen Morgen wurden die Minister und die anderen von dem Vorkommnis in Kenntnis gesetzt. Der bedeutende materielle Schaden dieses Brandes tritt noch zurück gegenüber den Schäden, die durch die Einäscherung vieler Dokumente in den Geschäften hervorgerufen werden muß. Es wird z. B. schon offiziell mitgeteilt, daß 350 alte und neue Dokumente, die sich auf Streitigkeiten zwischen Serbien und Bulgarien über Klöster in Mazedonien beziehen, vernichtet worden sind. Das sind offenbar Verluste, die nicht mehr ersetzt werden können. Man fragt sich erstaunt, wie es kommt, daß solche Dokumente nicht feuersicher untergebracht wurden. Aber von Leuten, die in den türkischen Ministerien zu tun hatten, wird mir versichert, daß dort ein unglaublicher Chaos herrscht. Die Virtuosität der türkischen Beamten, die unter diesen Umständen es fertig bringen, einzelne Aktenstücke herauszufinden, wird von den Europäern geradezu als ein Wunderwerk betrachtet.

Wie weit die Nachlässigkeit und Sorglosigkeit geht, konnte man schon vor mehreren Wochen wahrnehmen, als an einem Freitag, der Sultan sich zu der üblichen Militärparade begab, Diebe bis in die inneren Gemächer seines Palais eindrangen und noch gerade gestört wurden, als sie sich daran machten, die Privatkasse des Sultans auszurauben. Ungefähr um die gleiche Zeit geschah der Diebstahl der Dokumente in der türkischen Botschaft in Sofia. Vor einigen Jahren wurden zwei alte Panzerschiffe verkauft; dabei zeigte es sich, daß alle Messingteile der Schiffe schon längst gestohlen waren.

Das sind kleine Zeichen, aber sie sind symptomatisch: sie beweisen, daß der administrative Apparat, jedenfalls in seinen Ausläufern, da, wo er sich vom Zentrum am meisten entfernt, schlecht funktioniert. Denn das ganze Reformwerk konzentrierte sich bis jetzt auf die Zentrale. Es war im wesentlichen bureaukratisch. Zwischen der Tätigkeit der Zentrale aber und dem Staatsleben in seiner großen Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit fehlt jener intime Zusammenhang, der einzig durch die Entwicklung der politischen Tätigkeit des Volkes hergestellt werden kann.

Der Minister des Innern, Talaat-Bei, pfuscht dem lieben Herrgott ins Handwerk. Wie Gott den ersten Menschen nach seinem Bilde schuf, so schafft der türkische Minister Walis d. h. Provinzgouverneure, nach seiner Art und Weise. Da jedoch ein Wali schwieriger zu erzeugen sein dürfte, als ein gewöhnlicher Mensch, so dürfte darin der Grund liegen, daß das Werk von Talaat-Bei noch mehr mißlungen ist, als jenes des lieben Herrgotts. Die Walis sind gut, solange sie in Konstantinopel antichambrieren; kaum daß sie den Ort ihrer Bestimmung erreicht haben, verwandeln sich ihre Sinne und sie beginnen zu verwildern. Denn zwischen ihnen und der Zentralregierung fehlt das Ferment der öffentlichen Meinung; oft fehlen auch die Kommunikationsmittel, so daß der Wali, sich selbst überlassen, jetzt, wie unter dem alten Regime, als ein richtiger Satrap erscheint.

So werden jetzt gegen Nasim-Pascha, den Wali von Bagdad, Klagen geführt, die in einem halbwegs zivilisierten Staat einfach undenkbar wären. Es wird u. a. vor dem Parlament und in der Presse behauptet und mit Dokumenten belegt, daß er ein armenisches Mädchen zwingen wollte, seinen Verwalter zu heiraten, um auf diese Weise selbst sich ihrer zu bemächtigen. Die Armenierin wollte sich telegraphisch an die Regierung in Konstantinopel wenden, aber das Telegraphenamt versagte die Annahme des Telegramms. Darauf flüchtete sie nach Buschir in Persien in das französische Konsulat und setzte sich von dort aus telegraphisch in Verbindung mit Konstantinopel. Nur so gelang es ihr, dem allgewaltigen Satrapen zu entgehen.

Dabei ist Nasim-Pascha noch keineswegs einer von den schlechtesten. Er gehört zu den Reformatoren. Durch seinen Reformeifer soll er sich die Feindschaft mächtiger Kreise erworben haben, die ihm jetzt gefährlich werden. Ohne das würde er wohl noch lange ungestört nach seinem Gutdünken in der Provinz verfahren können.

Die Feudalherren werden zu Agitatoren. Der Standesadel Kleinasiens macht es, wie die Junker in Preußen, wenn die Regierung ihrem Willen nicht folgt: sie werden zu Demagogen und hetzen die Massen auf. Aus Aba-Bafar wird berichtet, daß die dortigen Notabeln sich zu Anwälten der von ihnen abhängigen Bevölkerung aufwerfen, um deren Beschwerden gegen die Regierung zu führen. Die Regierung schwankt: bald macht sie Front gegen die Feudalpotentaten, bald schließt sie Kompromisse mit ihnen — sie wagt es aber auf keinen Fall, sich auf die Volksmassen zu stützen.

Nicht anders, wie im Ministerium des Innern, steht es in den anderen Verwaltungszweigen. Dem Minister des Unterrichts wurde im Parlament nachgewiesen, daß er wohldotierte Schullehrer nach Ortschaften schickte, wo sie vergebens die Schule suchten, die sie zu leiten hatten — denn es gab dort überhaupt keine Schule. Andererseits hat er Schulen errichtet, ohne für ein genügendes Lehrpersonal vorzusorgen. Besonders der Elementarunterricht liegt im Argen. Der Minister rechtfertigte sich damit, daß es ihm an Mitteln und Leuten fehlt und daß er in der kurzen Zeit das Werk der Schulreform nicht habe bewältigen können. Dagegen ist er in diesen Tagen mit dem großen Plan einer türkischen Enzyklopädie hervorgetreten, die er persönlich redigieren will. Kein Wunder, wenn er nachher erst recht keine Zeit mehr finden sollte, die Akten durchzusehen, die er unterschreibt. Ein hübscher Beitrag zu dem Größenwahn, der hier die Köpfe verdreht. Der Finanzminister hat in einem Interview sein nächstes Programm bekannt gegeben: Erweiterung der Einkommensteuer, Erhöhung der Zölle, Steigerung der Tabakabgaben, Petroleumsteuer. Von einer Aenderung des Zehnten und der Schafsteuer, der drückendsten aller Steuern, die die Finanzgeschichte aller Staaten kennt, ist darin keine Rede!

Das Kriegsministerium sonnte sich bis jetzt im Glanze der revolutionären Taten der Armee und des Lobes, das den Manövern vom Auslande nur zu freigebig gespendet wurde. Es zeigen sich aber bereits Tatsachen, die eine andere Sprache reden. Man hat Millionen für imponierende Panzerschiffe verausgabt; dagegen fehlt es jetzt an Transportschiffen. Die Regierung hat dieser Tage einen russischen Dampfer gechartert, der 300 Mann nach dem Jemen zu befördern hat. Die Gesellschaft verlangte erst 3000 Pfund, besann sich aber gleich und forderte 4000, dann 5000 bis 6000, schließlich 7000 Pfund, — und die Regierung hat zahlen müssen!

Oft hört man jetzt mit klingendem Spiel die Soldaten ziehen. Sie werden nach dem Jemen befördert. Wer ihre finsteren Gesichter gesehen hat, bekommt nicht gerade eine Vorstellung patriotischer Begeisterung.

Konstantinopel. Parvus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110213/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG